

Sozialismus zu dienen, hätten sie die "heilige Pflicht" zu erfüllen, die Partei und Volk ihnen auferlegten.

Gegenüber diesen unbeugsam orthodoxen Ausführungen nimmt sich Li Ruihuans Rede auf derselben Tagung eher nüchtern und frei von Pathos aus (Wortlaut RMRB, GMRB, 27.5.91). Li sprach auf der Abschlusssitzung. Unter Bezugnahme auf eine Rede Jiang Zemins, die dieser zu Beginn des Jahres vor Literaten und Künstlern in Beijing gehalten hatte, wies er auf die Bedeutung von Literatur und Kunst für die Entfaltung des nationalen Geistes hin und forderte die jungen Schriftsteller auf, ihr Augenmerk auf Gegenwart und Zukunft zu legen, auf das, was im Interesse des Volkes liegt, und auf eine blühende Entwicklung der sozialistischen Literatur und Kunst. Auch sollten sie sich um Einigkeit in den Literatur- und Kunstkreisen bemühen. Außerdem ermunterte er die jungen Schriftsteller, ihre Jugend als die wertvollste Zeit in ihrem Leben vernünftig und wirksam zu nutzen. Schließlich betonte er die Notwendigkeit, den Marxismus zu studieren, nur auf dieser Grundlage seien gute Werke zu schaffen. Zusätzlich dazu müßten die jungen Schriftsteller auch andere Kenntnisse, z.B. über Geschichte, Gesellschaft und Naturwissenschaften, erwerben. Auch müßten sie den Massen und dem Leben nahe sein und sie verstehen, denn die Quelle für alles künstlerische Schaffen sei das Leben.

Bemerkenswert ist, daß Li Ruihuan Maos Yan'aner Reden mit keinem Wort erwähnte. Dies weist ihn zumindest auf kulturellem Gebiet als einen Vertreter des nichtorthodoxen Flügels der Parteihierarchie aus. -st-

Außenwirtschaft

*(13)

Guangzhouer Frühjahrsmesse wieder enttäuschend

Die diesjährige Frühjahrsmesse in Guangzhou (Kanton) erfüllte wiederum nicht die chinesischen Erwartungen einer deutlichen Erhöhung des Umsatzvolumens. Am Ende der 15 Tage dauernden 69. Exportmesse betrug der

Umsatz 5,74 Mrd.US\$ und konnte damit im Vergleich zur Herbstmesse 1990 lediglich um 0,9% und im Vergleich zur Frühjahrsmesse 1990 um 1,6% gesteigert werden.

Wie auch auf früheren Exportmessen zählten die Messebesucher aus Hongkong mit Auftragsabschlüssen über 2,54 Mrd.US\$ (Herbst 1990: 2,48 Mrd.US\$) zu den wichtigsten Einkäufern, gefolgt von Unternehmen aus der EG mit Aufträgen über 0,69 Mrd.US\$ (0,71 Mrd.US\$), aus Japan über 0,51 Mrd.US\$ (0,46 Mrd.US\$) und den USA über 0,49 Mrd.US\$ (0,50 Mrd.US\$). Die verbleibende Auftragssumme verteilt sich insbesondere auf Einkäufer aus den südostasiatischen Ländern, während auch diesmal der Anteil der osteuropäischen Länder und der UdSSR noch sehr gering war (unter 10 Mio.US\$).

Die Aufteilung des Umsatzvolumens nach Produktionsgruppen ergibt ein ähnliches Bild wie in den letzten Jahren. So entfällt auf den Bereich Textilien und Bekleidung wieder der größte Anteil (1,1 Mrd.US\$), und der Rest verteilt sich auf die Bereiche Leichtindustrie, Getreide, Speiseöl sowie Nahrungsmittel. (XNA, 2.5.91; NfA, 10.5.91)

Insgesamt hat die Guangzhouer Exportmesse für den bilateralen Handel Chinas in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Dies liegt nach Meinung von Experten einerseits daran, daß neben der Guangzhouer Exportmesse eine Reihe von lokalen Messen für bestimmte Produktgruppen eingerichtet wurden. Andererseits ist es für die chinesischen Außenhandelsunternehmen seit der Öffnungspolitik wesentlich einfacher, Kontakte zu ausländischen Handelspartnern auch außerhalb der Guangzhouer Messe zu pflegen. Nach wie vor wird die Messe jedoch noch von ausländischen Unternehmen als gute Gelegenheit angesehen, aktuelle Informationen für die Entwicklung der chinesischen Märkte zu erhalten. Dies spiegelt sich auch in der weiter zunehmenden Besucherzahl wider, die von 42.000 Einkäufern im Herbst 1990 auf 44.200 in diesem Frühjahr stieg. (XNA, 2.5.91; SCMP, 14.4. u. 15.4.91) -schü-

*(14)

Tauziehen um Meistbegünstigung

Ähnlich wie im letzten Jahr ist die Entscheidung über die Verlängerung der

Meistbegünstigung für China in den USA sehr umstritten. Durch die Meistbegünstigung gelten für die chinesischen Exportprodukte die niedrigsten Zölle, die die USA auch ihren übrigen Handelspartnern einräumt. Nach dem amerikanischen Handelsgesetz von 1974 sind diese handelspolitischen Vergünstigungen jedoch gegenüber "kommunistischen Staaten" jährlich bzw. halbjährlich neu festzulegen. Erst nach Aufnahme in das GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) hätte China auch automatisch das Recht auf Meistbegünstigung. (ASWJ, 28.5.91)

In welchem Ausmaße die Einräumung der Meistbegünstigung den Zollsatz beeinflußt, geht aus der Tabelle hervor. So würde die Nicht-Verlängerung der Meistbegünstigung den Zollsatz für die chinesische Bekleidungsindustrie von 3,7% auf 90% erhöhen und damit die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Artikel der Bekleidungsindustrie auf dem US-amerikanischen Markt, der 10% des gesamten chinesischen Textilexportes aufnimmt, schwächen. Nach Angaben der chinesischen Bekleidungsindustrie hätte auf der Grundlage der Daten von 1989 ein zusätzlicher Zoll im Werte von 1,3 Mrd.US\$ gezahlt werden müssen; unter Einbeziehung der vor allem über Hongkong re-exportierten Güter hätte dieser 3,2 Mrd.US\$ zusätzlich ausgemacht. (SCMP, 19.4.91) Auch die chinesische Elektronikindustrie wäre von einer Nicht-Verlängerung der Meistbegünstigung stark betroffen, da dann der Zoll von 13% auf 77,5% steigen würde. (SCMP, 28.4.91)

Die sich gegen eine Verlängerung der Meistbegünstigung einsetzenden Vertreter im amerikanischen Kongreß kritisieren sowohl die chinesische Handelspolitik und die Mißachtung amerikanischer Copy Rights als auch das Verhalten der chinesischen Regierung gegenüber den Oppositionellen und in bezug auf die Waffenlieferungen Chinas in Spannungsgebiete.

Zu den umstrittenen Punkten beim bilateralen Handel zählt insbesondere die Frage, inwieweit Transfer-Exporte über Drittländer in die Statistik einfließen sollen. So beträgt nach chinesischen Zollstatistiken das Außenhandelsvolumen mit den USA im Jahre

Vergleich der Zolltarife ausgewählter chinesischer Exporte in die USA bei Meistbegünstigung (MG) und Nicht-Meistbegünstigung (N-MG)

Produkt	MG-Zoll (%)	N-MG-Zoll (%)
Bekleidung	3,7	90
Erdöl	3	45
Textilien und Stoffe	14	113,5
Schuhe	5,3	80
Metallwaren	7,8	110
Gemüse und Obst	5	50
Fisch und Schalentiere	14	110
Eisen und Stahl	4	45
Industrielle Maschinen	6,5	67
Tonaufnahmegeräte	2,4	35
Möbel	14,5	90
Elektrische Maschinen	13	77,5
Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze	frei	
Koffer und Handtaschen	8,4	90
Büromaschinen	4	45
Straßenfahrzeuge	3,1	45
Textilfasern	1,8	93
Wissenschaftliche Instrumente	17	110
Leder	8	50
Energieerzeugende Maschinen	10	90
Chemische Stoffe	18	114,5
Papier	4,9	60
Lebendes Tierfutter	frei	20
Molkereiprodukte	frei	35
Tierfutter	3	20

Quelle: Hongkonger Regierung, in: SCMP, 28.4.91.

1990 11,78 Mrd.US\$; davon sind 5,180 Mrd.US\$ als chinesische Exporte in die USA und 6,588 Mrd.US\$ als Importe aus den USA erfaßt, so daß China von einem Außenhandelsdefizit von 1,409 Mrd.US\$ ausgeht. Demgegenüber bezieht die US-amerikanische Zollbehörde auch Importe über Drittländer mit Ursprungszeugnis China in die Statistik ein. Diese Berechnungsweise ergibt amerikanische Exporte in Höhe von 4,8 Mrd.US\$ und Importe von 15,22 Mrd.US\$ und damit ein amerikanisches Handelsdefizit in Höhe von 10,42 Mrd.US\$. Mit der zunehmenden Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsprozesse aus Hongkong, Taiwan und Süd-Korea nach China stieg der über Drittländer in die USA exportierte und von der amerikanischen Zollbehörde als volksrepublikanische Güter eingestufte Warenanteil schnell an. Von chinesischer Seite wird die Einbeziehung dieser Exporte in die Außenhandelsstatistik abgelehnt, da hierbei der chinesische Devisenanteil sehr gering sei. (XNA, 21.4.91)

Eine Nicht-Verlängerung der Meistbegünstigung würde vor allem Hongkong,

über das inzwischen 70% der chinesischen Exporte in die USA verschifft werden, aber auch die südchinesischen Provinzen Guangdong und Fujian treffen, die sich aufgrund ihrer niedrigen Lohnkosten und Sonderregeln für ausländische Investitionen zu den wichtigsten Export-Produktionsbasen entwickeln konnten. Nach Einschätzungen von Wirtschaftsexperten in Hongkong würde das Aussetzen der Meistbegünstigung zu einem Handelsausfall im Wert von 8,8-11,7 Mrd.US\$ und damit zu einem Rückgang des Hongkonger Bruttosozialprodukts um 2,7% p.a. führen. (SCMP, 30.5.91) Außerdem wird mit einem Verlust von ca. 40.000 Arbeitsplätzen in Hongkong gerechnet (FT, 10.5.91). Für die Provinz Guangdong gehen ausländische Experten von einer Reduzierung des jährlichen Bruttosozialprodukts von 8-9% und in der Provinz Fujian von ca. 4% aus; auch Shanghais Bruttosozialprodukt würde nach Schätzungen um 4,5% sinken. Für Gesamtchina wird mit einem um 3-4% niedrigeren Zuwachs des Bruttosozialprodukts gerechnet, wenn die Meistbegünstigung entfallen sollte. (SCMP, 3.5.91)

Die Befürworter einer Verlängerung der Meistbegünstigung verweisen nicht nur auf die mit einem Verlust der Meistbegünstigung für Hongkong und Südchina verbundenen wirtschaftlichen Probleme, sondern auch auf die Beeinträchtigung der amerikanischen Wirtschaftsinteressen. Nach Angaben der amerikanischen Handelskammer in Hongkong wäre aufgrund der gleichzeitigen Rücknahme der niedrigen Zollsätze für amerikanische Produkte mit einem Exportverlust von 2-3 Mrd.US\$ und mit Einbußen für die amerikanischen Joint Ventures in China zu rechnen. (SCMP, 28.4.91) Insgesamt würden chinesische Produkte, die bereits in manchen Branchen einen relativ hohen Marktanteil stellen, für amerikanische Konsumenten deutlich teurer. (XNA, 14.5.91)

Um die Bereitschaft zum Abbau des Handelsüberschusses zu zeigen, schickte die chinesische Regierung eine Einkaufsdelegation in die USA; diese Delegation soll Bestellungen und Kaufaufträge im Wert von ca. 1 Mrd.US\$ abschließen. (NZZ, 22.5.91) Inwieweit aber amerikanische Forderungen nach Abbau der Handelsbarrieren von China erfüllt werden, scheint fraglich zu sein. So wird von amerikanischen Unternehmen vor allem die Verschärfung der Importbestimmungen bemängelt, die sich auch in einer Zunahme der nicht veröffentlichten bzw. den Ausländern nicht zugänglich gemachten Bestimmungen widerspiegelt. (IHT, 1.4.91)

Zu den Spannungen im Verhältnis zwischen den USA und China hat auch die von der amerikanischen Seite als "systematische Piraterie" bezeichnete Mißachtung der Copy Rights für Software und andere Produkte beigetragen. Die den US-amerikanischen Unternehmen durch Umgehung der Copy Rights allein im Software-Bereich entstehenden Verluste werden auf jährlich 400 Mio.US\$ geschätzt. (AWSJ, 29.4.91) Ende April hat die amerikanische Regierung aus diesem Grund China auf die "Prioritätenliste" gesetzt und zur Behebung der Rechtsverletzungen aufgefordert. (NZZ, 30.4.91)

Zwar hat China bereits ein Gesetz zum Schutz des geistigen Eigentums verabschiedet, das am 1.6.91 in Kraft getreten ist, doch garantiert dies nicht unbedingt eine deutliche Verbesserung der Situation. So ist es fraglich, ob sich

die gesetzlichen Bestimmungen gegen die Interessen der chinesischen Unternehmen durchsetzen lassen. Als erschwerend wird sich auch das fehlende Unrechtsbewußtsein auswirken; das traditionelle chinesische Konzept des Kopierens geistiger Werke steht hierbei dem westlichen Begriff des individuellen geistigen Eigentums gegenüber. (IHT, 23.4.91) Darüber hinaus läßt die offizielle chinesische Position gegenüber der Einhaltung der Copy Rights zu wünschen übrig. So erklärte ein Sprecher des Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland in diesem Zusammenhang, daß das Niveau des Schutzes des geistigen Eigentums abhängig vom Entwicklungsniveau eines Landes sein sollte. Da China ein Entwicklungsland sei, könnte dies Niveau nicht sofort und vollständig dem US-Standard entsprechen, der schrittweise mit dem Wirtschaftswachstum aufgebaut worden sei. (SWB, 30.4.91)

Auch die bekannt gewordenen chinesischen Exporte von Raketen- und Nukleartechnologie in Spannungsgebiete haben die kritische Haltung gegenüber China verstärkt. Als Reaktion auf chinesische Waffen- und Nukleargeschäfte mit Syrien, Pakistan und Algerien hat die amerikanische Regierung Anfang Mai den Verkauf von Satellitenkomponenten, die gleichzeitig für die Raketenherstellung genutzt werden können, untersagt. Diese Entscheidung soll gleichzeitig die Kritiker im Kongreß milder stimmen, die in den Waffenexporten Chinas einen weiteren Grund zur Aufhebung der Meistbegünstigung sehen. (NZZ, 30.5.91)

Darüber hinaus wird von einem Teil der Kongreßmitglieder die Mißachtung der Menschenrechte durch die chinesische Regierung als Begründung für die Aufhebung der Meistbegünstigung genannt. In diesem Zusammenhang löste der Bericht von Asia Watch über die Zunahme der politischen Gefangenen in China sowie über den Einsatz chinesischer Gefangener in der Exportproduktion starke Kritik aus. Das amerikanische Handelsgesetz untersagt jeglichen Import von Gütern, die aus Gefängnissen stammen, doch ist die Welle der Entrüstung wohl vor allem auf die Vorstellung zurückzuführen, daß politische Gefangene in China zur Exportgüterproduktion gezwungen werden. (SCMP, 30.5.91)

Obwohl sich Präsident Bush bereits Ende Mai offiziell für eine Verlängerung der Meistbegünstigung ohne Auflagen ausgesprochen hat, wird dies noch nicht die letzte Entscheidung im Tauziehen um die Handelspolitik gegenüber der VR China sein. In seiner Begründung wies Bush darauf hin, daß nur über die Aufrechterhaltung von normalen Wirtschaftsbeziehungen ein Einfluß auf die chinesische Regierung und damit auf die Verbesserung der Situation möglich sei. Ähnlich argumentierte Bush auch bei der Verlängerung der Meistbegünstigung im letzten Jahr, als die Kritik an China im Kongreß und Senat aufgrund der Tiananmen-Ereignisse sehr groß war. In den kommenden 90 Tagen hat der Kongreß die Möglichkeit, die Entscheidung von Bush zu blockieren; so könnte beispielsweise eine Resolution vorgelegt werden, die die Erteilung der Meistbegünstigung an die Einhaltung der Menschenrechte bindet. Dagegen könnte der Präsident sein Veto einlegen, gegen das eine Zweidrittelmehrheit in Kongreß und Senat nötig wäre. (ASWJ, 3.6.91; FAZ, 29.5.91) -schü-

*(15)

Entwicklung ausländischer Direktinvestitionen

Einem Bericht der *China Daily* vom 19.5.91 zufolge haben die ausländischen Investitionen in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Zwischen Januar bis April wurden 3.100 neue Projekte genehmigt, dies entspricht einer Steigerung um 90% gegenüber der Vorjahresperiode. Insgesamt wurden 1.915 sino-australische Equity-Joint-Ventures, 413 Vertrags-Joint-Ventures und 728 Unternehmen mit ausschließlich ausländischem Kapital genehmigt.

Die bis April genehmigten Projekte umfassen zugesagte Investitionen in Höhe von 3,26 Mrd.US\$ bzw. 165% mehr als in der Vorjahresperiode. Tatsächlich wurden in den ersten vier Monaten erst 857 Mio.US\$ realisiert, dies entspricht einem Zuwachs von 16% gegenüber den Monaten Januar bis April des Vorjahres. Nach Angaben von Tong Yizhong, stellvertretender Direktor der Abteilung für Ausländische Investitionen beim Ministerium für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland (MOFERT), war der Zuwachs insbesondere bei den Unternehmen mit ausschließlich ausländi-

chem Kapital am größten. So wurden in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Vergleich zur Vorjahresperiode 375 solcher Unternehmen mehr genehmigt, und der Gesamtwert der zugesagten Investitionen lag um rund 43% höher. Vor dem Hintergrund knapper Finanzmittel und bürokratischer Intervention ist es verständlich, daß die ausländischen Investoren die uneingeschränkte Kontrolle über das Management des Unternehmens vorziehen. (IHT, 20.5.91)

Nach Tong Yizhong überstiegen die ausländischen Investitionen in den vier ersten Monaten dieses Jahres sogar die gesamten Investitionen des ersten Halbjahres 1990. Dies mag vielleicht bei den zugesagten ausländischen Investitionen zutreffen, nicht jedoch bei den realisierten, die im ersten Halbjahr 1990 nach offiziellen Angaben 1,229 Mrd.US\$ ausmachten. (FT, 14.12.90) Insgesamt erreichten die ausländischen Direktinvestitionen im Jahre 1990 lediglich das Niveau des Jahres 1989. So wird für 1989 der Wert der realisierten Direktinvestitionen mit 3,392 Mrd.US\$ und für 1990 mit 3,4 Mrd.US\$ angegeben. (Tongji Nianjian, 1990, S.653; Kommuniqué des Statistisches Amtes 1990, C.a., 1991, S.182)

Neben einer Zunahme der Unternehmensgründungen mit ausschließlich ausländischem Kapital scheint sich auch der Trend fortzusetzen, daß zwar mehr Kooperationsprojekte durchgeführt werden, die Investitionssummen jedoch insgesamt geringer sind. So sollen nach offiziellen Angaben im Jahre 1990 34,2% mehr Unternehmen mit ausländischem Kapital gegründet worden sein als im 1989, in dem 5.779 Unternehmen registriert wurden. (XNA, 27.1.91) Nach einer Einschätzung der *AWSJ* dominierten vor allem die Investitionen in kleinere Unternehmen, die in den Küstenstädten bzw. den Sonderwirtschaftszonen für den Export produzieren. Hier sei das Risiko der bürokratischen Einmischung geringer, da die Steigerung der Exporte im Vordergrund stehe; darüber hinaus sei die Produktion für den ausländischen Markt mit weniger Absatzrisiken behaftet. (ASWJ, 16.1.91)

Zu den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten, die die Entscheidung der ausländischen Investoren beeinflussen, sind in den letzten Jahren auch negative Erfahrungen der ausländischen Joint Venture-Partner bei der Auflösung bestehender

bzw. auslaufender Unternehmenskooperationen getreten. Hierzu zählten Probleme bei der Auflösung des Joint Venture bzw. beim Verkauf der Unternehmensanteile, die insbesondere durch den Widerstand des chinesischen Partners hervorgerufen wurden. (ASWJ, 5.3.91)

Der zunehmende regionale Wettbewerb um ausländische Investitionen hat zu einer breiten Palette von unterschiedlichen Investitionsbedingungen in den "Sonderwirtschaftszonen", "Geöffneten Küstenstädten" "High-Tech-Entwicklungszonen" und "Entwicklungszonen für Wirtschaft und Technologie" geführt. (SCMP, 23.5.91) Um den Standort für ausländische Investoren noch attraktiver zu machen, werden sogar abweichend von den offiziellen Bestimmungen lokale Zugeständnisse gemacht. (SWB, 17.12.90) Insgesamt dominiert jedoch bei der regionalen Aufteilung der ausländischen Investitionen nach wie vor die Provinz Guangdong, gefolgt von Shanghai und der Provinz Liaoning.

Auch die Verteilung der ausländischen Investitionen nach Herkunftsländern zeigt weiter die dominante Position Hongkongs, allerdings auch die wachsende Bedeutung Taiwans als Investor. So wurden 1990 1.117 Projekte taiwanesischer Investoren genehmigt, dies stellt einen Zuwachs von 105% gegenüber 1989 dar. Das Investitionsvolumen von 984 Mio.US\$ im Jahre 1990 stellt sogar eine Zunahme von 125% gegenüber 1989 dar. (NfA, 14.5.91) Auch bei den bis April d.J. durchgeführten ausländischen Investitionen ist der Zuwachs der taiwanesischen Investitionen gegenüber der Vorjahresperiode am höchsten. (CD, 19.5.91) -schü-

*(16)

Einkaufsdelegation in Europa

Unter Leitung des ehemaligen MOFERT-Vizeministers Wei Yuming wird eine Gruppe von 22 Vertretern des Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland, der Staatlichen Planungskommission, des Ministeriums für Material und Ausrüstung, der Städte Shanghai und Tianjian sowie der Provinzen Fujian und Guangdong die EG-Staaten bereisen. Begleitet wird diese Gruppe von einer Einkaufsdelegation, die sich aus Mitgliedern der wichtigsten Außenhandelsgesellschaften sowie aus Ver-

tretern von 13 Provinzen und Städten zusammensetzt. Ziel des in der Zeit vom 1.6.-27.6.1991 geplanten Europa-Besuchs sind Verhandlungen über den Kauf von Maschinen, Ausrüstungen, Technologie, und Rohstoffen für die Textil-, Bergbau-, Telekommunikations- und Energieindustrie sowie für die petrochemische Industrie. Nach chinesischen Angaben soll die Einkaufsdelegation Aufträge im Wert von 1 Mrd.US\$ vergeben können. Von diesem Betrag werden jedoch allein 300 Mio.US\$ für zwei Großaufträge an Italien und an Großbritannien gehen, für die bereits im Vorfeld Verhandlungen erfolgt waren. (CD, 26.5.91)

Deutsche China-Experten und ausländische Beobachter schätzen die Funktion der Einkaufsdelegation überwiegend als "Goodwill-Tour" ein, durch die die Bereitschaft zum Abbau des chinesischen Außenhandelsüberschusses demonstriert werden soll. Gleichzeitig wird die Aussendung der Einkaufsdelegation nach Europa zum jetzigen Zeitpunkt als Signal für die USA verstanden, die Meistbegünstigung im bilateralen Handel fortzusetzen. (SCMP, 27.5.91) Inwieweit außerdem über die bereits vorher verhandelten Kaufaufträge hinaus neue Verhandlungsabschlüsse erfolgen werden, wird stark angezweifelt.

Nach den eigenen Zollstatistiken wies China im letzten Jahr ein Handelsdefizit mit der EG von 2,46 Mrd.US\$ aus, wobei die chinesischen Importe europäischer Produkte mit 8,1 Mrd.US\$ und die chinesischen Exporte mit 5,64 Mrd.US\$ (CD, 26.5.91) angegeben wurden. Diese Berechnung weicht jedoch zunehmend von den Statistiken der europäischen Handelspartner ab, weil China nicht die Transfer-Exporte über Hongkong einbezieht, die in den letzten Jahren am schnellsten angestiegen sind. (HB, 18.4.91) -schü-

*(17)

Funktion der Hermes-Bürgschaften überschätzt

Eine vom Ostasiatischen Verein (OAV) in Hamburg und dem Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft gemeinsam durchgeführte Untersuchung zeigt den beschränkten Einfluß der Hermes-Bürgschaften auf die Entscheidungen deutscher Exporteure auf.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Frage, inwieweit sich die

Aussetzung der Hermes-Bürgschaften nach den Tiananmen-Ereignissen auf die Kontinuität der Geschäftsbeziehungen zu China auswirkte. Von den meisten Unternehmen wird die Hermes-Bürgschaft als von geringer Bedeutung bzw. als "gänzlich unbedeutend" eingeschätzt und ohne entscheidenden Einfluß auf das China-Geschäft. Lediglich 14% der befragten Unternehmen mußten durch die Aussetzung der Hermes-Bürgschaften Verluste hinnehmen. Für bestimmte Branchen sind die Hermes-Bürgschaften jedoch von größerer Bedeutung. Hierzu zählen vor allem die Unternehmen im Maschinen- und Anlagenbau, die 56% der Hermes-Bürgschaften in Anspruch nehmen.

Ausschlaggebend für eine Ausweitung der Geschäftsbeziehungen mit China ist nach Aussage der meisten Unternehmen nicht die Fortsetzung der Hermes-Bürgschaften, sondern die Zahlungsfähigkeit der chinesischen Geschäftspartner (für 36% der befragten Unternehmen), die politische Stabilität (26%) und die positive Wirtschaftsentwicklung (21%). (HB, 17./18.5.91) -schü-

Korrektur zur Übersicht (21) "Zhu Rongji in Deutschland", C.a., 1991, S.218

In der Übersicht wurden die Gesprächspartner Zhu Rongjis durch einen Übertragungsfehler versehentlich falsch wiedergegeben. Richtig muß es heißen: "Zhu Rongji, der als erster chinesischer Besucher nach dem 4.Juni 1989 auf Ministerebene empfangen wurde, führte zunächst Wirtschaftsgespräche mit dem Vorsitzenden des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, sowie mit Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann und Kanzleramtsminister Karl Seifers in Bonn.

Binnenwirtschaft

*(18)

Neues Reformexperiment in Guanghan

Nach einem Bericht der SCMP vom 28.5.91 wird im Kreis Guanghan, Pro-